

Tagungsbericht

Tagung freier Träger politischer Bildung am 16. Februar 2017

Thema: **Soziale Ungleichheit – was bedeutet sie für die Demokratie und die politische Bildung**

Ort/ Zeit: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam, 16. Februar 2017, 10-15 Uhr

Eine gemeinsame Veranstaltung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg (LAG)

Martina Weyrauch, Leiterin der Landeszentrale, begrüßt die anwesenden 33 Teilnehmer, stellt den Ablauf des Tages und seine Schwerpunkte kurz vor. **Michael Jahn** von der LAG berichtet über den Weg der Themenfindung und wie soziale Ungleichheit zunehmend zum Diskussionsgegenstand in den politischen Bildungsveranstaltungen wird. Er wirbt für den Eintritt in die LAG, um die Synergieeffekte aus Theorie und Praxis weiter zu nutzen.

Jana Wuestenhagen weist in ihrer Einführung darauf hin, dass das Thema soziale Ungleichheit der sprichwörtliche Pudding an der Wand ist, da es sehr viele Aspekte umfasst und legt den Fokus auf die **Herausforderungen für die Politische Bildung**, die daraus entstehen. Um diese herauszustellen, hat die Landeszentrale eine ausgewogene Mischung aus Wissenschaftlern und Praktikern für die diesjährige Tagung eingeladen.

Sebastian Bödeker vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung erläutert in seinem Vortrag, welche **Folgen die soziale Ungleichheit auf die Demokratie hat**. Insbesondere die demokratische Beteiligung steht dabei im Vordergrund. Die größten Probleme der sozialen Ungleichheit in Deutschland, die seit 40 Jahren kontinuierlich ansteigt, sieht er in der der Lohn-, Vermögens- und Bildungsungleichheit. Die **Bildungsdurchlässigkeit in Deutschland** sei im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern sehr niedrig.

Das habe direkte Auswirkungen auf die politische Teilhabe. Bödeker stellt die **Ideale** der politischen Gleichheit und Teilhabe den **Fakten** gegenüber, nämlich wie sich die politische Partizipation in Deutschland tatsächlich verteilt. Danach erklärt er die **Mechanismen des Ausschlusses** und gibt **Handlungsempfehlungen**, diesen zu minimieren.

Die politische Gleichheit ist eines der zentralen Prinzipien demokratischer Herrschaft, stellt er weiter fest. Es setzt voraus, dass Interessen erkannt, dann artikuliert und ausgetauscht werden können. Die Fakten zeigen, dass **einkommensschwache** und **bildungsferne** Teile der Bevölkerung in allen Bereichen der **politischen Partizipation unterrepräsentiert** sind. Egal, ob bei Demonstrationen, Volksgesetzgebung, Petitionen, Unterschriftensammlungen, öffentlichen Diskussionen oder beim kritischen Konsum. Alle sozialen Studien bewiesen diesen Zusammenhang. **Wahlen sind die am wenigsten verzerrte Form** der politischen Beteiligung, stellt Bödeker dar. In anderen zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen wird die **Schieflage sehr deutlich**.

Allein nach Bildungsabschluss läge das politische Interesse bei Menschen mit Abitur dreimal mal höher als bei Menschen mit Hauptschulreife oder keinem Schulabschluss. Die Unterschiede beim Online-Protest seien besonders groß. Neue Medien würden nicht genutzt wie erwartet. Die Zwischenfrage, ob **politische Kommentare in sozialen Medien** als politische Partizipation gemessen werden, verneinte der Referent. Sie würden (noch) **nicht als Beteiligung gemessen**.

Als Erklärung für diese Schieflagen führt Bödeker drei wesentliche Punkte an. Erstens die Anforderungen der modernen Bürgergesellschaft. **Ausdrucksfähigkeit** und **Überzeugungskraft** würden hoch bewertet. Zweitens hänge Partizipation wesentlich an der eigenen **Wirksamkeitsüberzeugung** und dem **Selbstzutrauen**. Der Glaube daran, mit den eigenen Argumenten und dem eigenen Handeln etwas ändern zu können, führe zu Beteiligung. Als dritten Punkt führt Bödeker **soziale Netze im Nahbereich** an. Bei Menschen, die politisch aktive im Freundeskreis oder im Beruf um sich haben, erhöhe sich die Wahrscheinlichkeit zu eigener Beteiligung enorm.

Dies sei auch ein zentraler Lösungsansatz, um politische Partizipation zu erhöhen. In prekären Verhältnissen befänden sich wesentlich weniger aktive Akteure. Es sei daher entscheidend einzelne aktive und gut vernetzte Personen in bestimmten Milieus ausfindig zu machen. Diese sogenannten **social hubs** oder Vielgestalter sind laut Bödeker enorm wichtig, um auf eigene Belange oder Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

Niederschwellige Aktivitäten im Nahbereich seien ebenso nötig, wie die **Sprache der Zielgruppe** zu sprechen. Bödeker führt das Beispiel einer App auf einer DGB-Personalversammlung an. Abstimmungen wurden sofort auf eine Tafel projiziert und es wurde danach gehandelt. So führe niedrigschwellige Beteiligung schnell zu Ergebnissen und steigere das Selbstzutrauen. Diese Prozesse seien sehr zeitintensiv. Bödeker plädiert für **langfristige Perspektiven** und **Evaluation** im Gegensatz zu einmaligen Leuchtturmprojekten.

Drei Referenten aus der Förderpraxis der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung stellen **Beispiele aus ihrer Arbeitspraxis** vor. Sie beschreiben, wie bestimmte Milieus mit politischer Bildungsarbeit erreicht werden können und schildern die gewonnenen Erkenntnisse.

Ulrich Schnauder von der **DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin** arbeitet viel mit Auszubildenden zusammen. Ihn überrasche der momentane Erfolg der Populisten nicht. Für ihn sind bestimmte Milieus in politischen Debatten weder durch Personen aus den Milieus noch durch andere vertreten, die wissen, was Menschen in prekären Lebenslagen wirklich beschäftigt. Die Arbeiterklasse würde zu oft als Defizitträger gebrandmarkt und durch Bevormundung nicht mehr als politisches Subjekt, sondern als Objekt betrachtet, dem wenig zugetraut würde.

Auch die politische Bildung muss seiner Meinung nach darauf achten die Lebenswirklichkeiten zu beachten, den **Kontakt zu den Menschen nicht zu verlieren** und nicht zu bevormunden. Schnauder macht häufig die Arbeitsrealität zum Gegenstand seiner Seminare und identifiziert Sinninseln der Jugendlichen – was beschäftigt sie im Alltag? So leitet er über auf andere Themen und öffnet Wege, um Empathie anderen Problemen gegenüber zu entwickeln. Ein großes Thema sei dabei immer die Frage wie **zu, mit und über Zielgruppen gesprochen** wird.

Frank Hofmann von der **Jugendbildungsstätte „Kurt Löwenstein“** plädiert für ein ausgewogenes Kompetenztraining und führt als Beispiel ein Seminar zu Medien und vorurteilsbewusster Erziehung an. Ziel sei die Reflexion von Sprache und eigenen Werthaltungen und anschließend die Anwendung auf Beiträge aus den Medien. Die teils sehr heterogenen Zielgruppen in der Bildungsstätte würden nach eigenen Vorstellungen und Meinungen befragt.

Diese würden zunächst zugelassen, auch wenn nicht übereingestimmt würde. Über das Modell der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit würden **sensibel das eigene Verhalten reflektiert und mögliche Vorurteile besprochen**. Die Referenten der Bildungsstätte sehen sich dabei als Kurzzeitpädagogen, die nur anstoßen und anregen können.

Als drittes Praxisbeispiel berichtet **Sabine Tischendorf** aus ihrer ehrenamtlichen Arbeit mit geflüchteten Frauen in Potsdam. Sie hat in ihrem Arbeitskreis einen **Demokratieworkshop zu Grundrechten speziell für Flüchtlinge** entworfen. Sie schildert, wie wichtig dabei die Bedürfnisse der Zielgruppe das Angebot beeinflussen haben. Die Uhrzeit entscheide zum einen über den Grad der Beteiligung, aber auch, ob Männer und Frauen gleichzeitig an den Kursen teilnehmen würden oder nicht. Durch die Sprachbarriere seien die Methodenkompetenzen ganz anders ausgebildet. Sie sieht die **Aufgabe der politischen Bildung** darin, **geeignete Zugänge zu finden**.

Im konkreten Fall waren es schließlich eine **reduzierte Bildersprache** und eine Nähgruppe, die dazu führten, dass über demokratische Grundwerte diskutiert wurde. Die Erfahrung, dass Netzwerke die Partizipation erhöhen, hat sie in ihrem Arbeitsalltag ebenfalls gemacht. Im Fazit berichtet sie, dass die **Realität für Flüchtlinge in Deutschland** nach längerer Zeit ernüchternd ist, da der **Zugang zu Demokratie und Arbeit oft versperrt** bleibe.

In der anschließenden **Diskussion werden zwei wesentliche Aspekte** von verschiedenen Seiten genannt. Zum einen wird bemängelt, dass sich Eliten oft nicht auf die konkreten Lebenswelten der jeweiligen Zielgruppen einlassen würden. Gerade die Sprache spiele dabei eine wesentliche Rolle. Beide Seiten verstünden sich im aktuellen Diskurs nicht mehr und so siege der Populismus. Eine **gemeinsame Sprache sei entscheidend**, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Bödeker erklärt weiter, dass die Orte, an denen sich Menschen aus unterschiedlichen Milieus trafen, werden zudem zunehmend kleiner. Wohnorte, gesellschaftliche Orte etc. Das führe zu einem weiteren Auseinanderdriften der Milieus. Frau Tischendorf merkt an, dass von „denen da oben“ oder politischen Klassen zu reden nichts bringe. Um Veränderungen zu bewirken, müssen sich notwendigerweise alle mit einbringen.

Die **Ungleichheit zwischen Stadt und Dorf** wurde in mehreren Punkten angesprochen. Durch eine uneinheitliche Förderpraxis werden Gelder aus Projekten abgezogen, die eigentlich noch laufen, da die Region plötzlich nicht mehr als strukturschwach angesehen wird. Diese Regelungen gehen zum Teil völlig an der Lebensrealität vorbei. Langfristig geplante Projekte zum Rechtsextremismus werden eingestellt, obwohl bereits eine neue Generation von Rechtsextremisten heranwächst. Die Nachhaltigkeit und Kontinuität wird hierbei vermisst. **Die Förderpraxis der Landeszentrale wird hingegen von vielen Seiten gelobt.**

Abschließend wird noch die Frage diskutiert, ob der soziale Protest in den letzten Jahrzehnten in Deutschland eingeschlafen sei und deswegen der Populismus momentan auf dem Vormarsch ist. Bödeker bejaht das und merkt auch an, dass es Realität ist, dass es einen fest verankerten Rassismus in der Gesellschaft gibt. Mit der AfD hätten diese Einstellungen seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder ein akzeptables politisches Sprachrohr gefunden.

Nach einer Pause führten die Beteiligten der Trägerkonferenz Gespräche zu Förderprojekten und weiteren Vorhaben für das Jahr 2017. Über neue Themen und Änderungen wird auf der Homepage, im Newsletter, auf Facebook sowie per E-Mail informiert.

Die Tagung wurde fotografisch begleitet.